

Minderheitenpolitik unter Aquino

„Mit Hoffnung und Enthusiasmus sahen wir der Post-Marcos-Ära entgegen und der damit verbundenen Möglichkeit, daß unser Recht auf Selbstbestimmung und auf unser ererbtes Land anerkannt und respektiert werden würde. Zweifellos wird nun vielerorts geglaubt, daß wir jetzt über eine Volkdemokratie und eine Regierung verfügen, die Gerechtigkeit und Frieden bringt, die die Menschenrechte schützt und fördert.

Nichts wünschen wir uns so sehr, als daß dem so wäre!

Aber wir kamen hierher, um eine traurige Botschaft zu überbringen: Für uns, die indigene Bevölkerung der Philippinen, hat sich die Situation nicht geändert. Im Gegenteil. Unsere Not und unser Leid verschlimmern sich mehr und mehr.“

aus der Rede des Vertreters der philippinischen indigenen Bevölkerung vor der UN Working Group on Indigenous Populations in Genf, August 1987



Kalinga-Frau mit Pfeife

Foto E. Masferré

Inzwischen sind drei Jahre vergangen, seit der frühere Diktator Ferdinand Marcos im Februar 1986 gestürzt wurde und Corazon Aquino das Präsidenschaftsamt übernahm. Mit dem Anbruch einer 'neuen Ordnung' verbanden sich vorsichtige bis euphorische Hoffnungen der gesamten philippinischen Bevölkerung auf Demokratisierung und tiefgreifende politische und wirtschaftliche Verbesserungen. Auch die indigene (= ursprüngliche, eingeborene) Bevölkerung erwartete von der neuen Regierung grundlegende Verfassungsänderungen, die ihnen endlich ihr Recht auf Selbstbestimmung sowie umfassende Anerkennung ihres Besitzrechts auf ihr angestammtes Land (Ancestral Domain) zugestehen würden. Doch nach drei Jahren ist die Enttäuschung größer denn je, die Kontinuität zur Vorgängerpolitik Marcos' nicht mehr zu übersehen. Trotz gegenteiliger Versprechungen werden nach wie vor tribale (= Stammes-) Rechte hemmungslos negiert und ignoriert.

Zwischen 6 und 7 Millionen Menschen – etwa 14 % der Gesamtbevölkerung – leben heute auf den Philippinen, die offiziell als „ethnische oder natio-

nale Minderheiten“ bezeichnet werden. Als Nachfahren der seit 20.000 v. Chr. in mehreren Schüben eingewanderten ursprünglichen Bevölkerung nennen sie sich selbst jedoch „tribale oder indigene Filipinos“, womit sie zum Ausdruck bringen, daß sie sich durchaus als Angehörige des philippinischen Staates verstehen, aber gleichzeitig großen Wert legen auf die Wahrung ihrer kulturellen Identität sowie ihrer eigenständigen, von der Mehrheitsbevölkerung verschiedenen, Lebensweise. Noch nicht lange ist es her, daß auf den Philippinen die indigenen Filipinos die Mehrheit ausmachten. Erst im Verlauf und als Ergebnis der spanischen und später amerikanischen Kolonialherrschaft wurden sie gezwungenermaßen zur „Minderheit im eigenen Land“, da sich der größere Teil der Bevölkerung – die Vorfahren der heutigen Mehrheit – den „neuen Herren“ unterwarf und zum christlichen Glauben übertrat, während sie Widerstand leisteten und auf ihren Rechten als indigene Bevölkerung beharrten.

Im weiten philippinischen Hoch- und Hinterland leben etwa 70 unterschiedliche Gruppen mit jeweils eigener

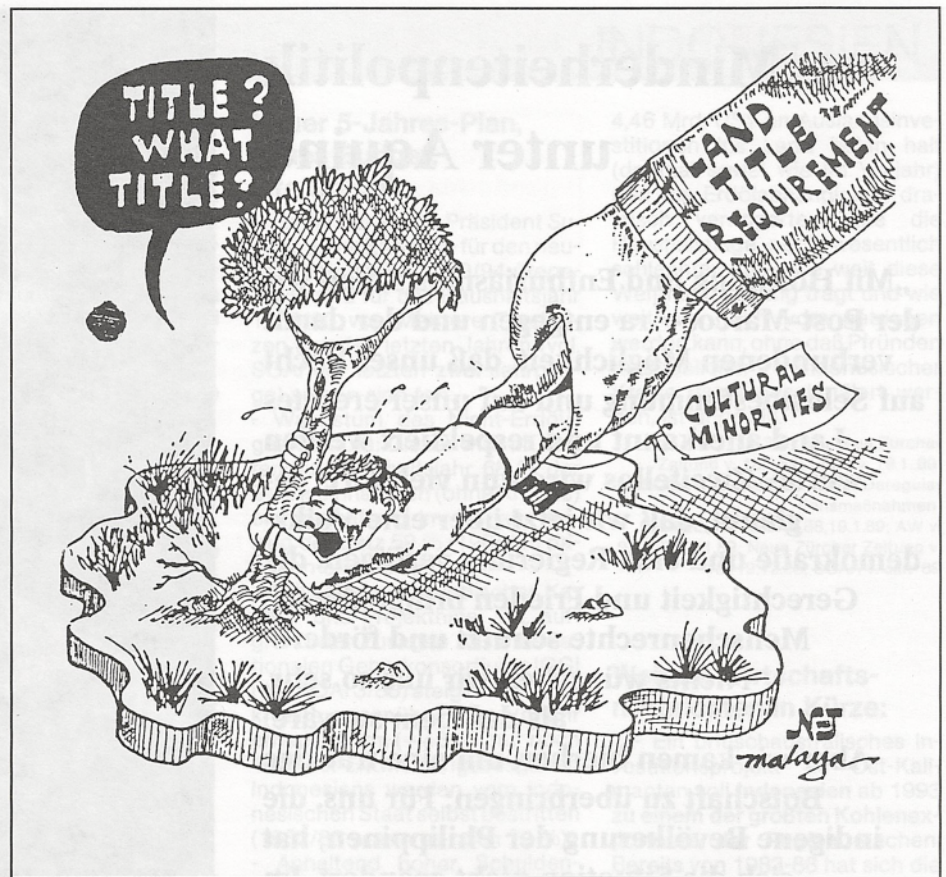
Sprache und Kultur. Neben den Negritos, die verstreut auf vielen Inseln ansässig sind, den Pala'wan auf Palawan und den Mangyan auf Mindoro, bilden die Igorot (800.000) in der Cordillera Nord-Luzon sowie die Lumad (1,8 Mio.) und die islamischen Moros (3 Mio.) auf Mindanao die größten Gruppen. Während in der Cordillera vor allem auf Jahrhunderte alten Terrassen Naßreis gepflanzt wird, leben andere Gruppen vom Anbau von Süßkartoffeln, Bananen und Trockenreis auf Brandrodungsfeldern ('kaingin'). Jagen, Sammeln, Fischen und Haustierhaltung sind ergänzende Produktionszweige. Durch die zunehmende Einbindung in die nationale und internationale Wirtschaft, werden sie verstärkt auch zum Anbau von marktorientierten Produkten (cash-crops) gedrängt, was auf Kosten ihrer Subsistenzökonomie (Eigenbedarfswirtschaft) geht und oftmals zur Verarmung führt.

Eine besonders große und überaus wichtige Rolle im Leben der indigenen Bevölkerung spielt das Land, welches sie bewohnen und bewirtschaften. Es bildet nicht nur die ökonomische Basis ihrer Existenz, sondern ist Teil ihrer ge-

samen Glaubens- und Weltanschauung. Ahnen und Urahnern sind in ihm begraben, uralte Mythen erzählen die Geschichte der Stämme, die einst auf diesem Land gelebt haben. Nahezu allen Gruppen gemeinsam ist, daß Land nicht von nur einer Person besessen werden kann, sondern größtenteils gemeinschaftlich genutzt wird.

Die Probleme der indigenen Bevölkerung auf den Philippinen sind vielfältig. Eines ihrer gravierendsten ist die exzessive Ausplünderung der natürlichen Ressourcen ihres Landes, die vor allem in den letzten 20 Jahren dramatische Ausmaße angenommen hat. 'Nationale Interessen' haben im Namen notwendiger Entwicklung seit der formalen Unabhängigkeit der Philippinen die indigene Bevölkerung immer wieder von ihrem Land vertrieben, um für großangelegte Energieprojekte, Minen und Bergwerke, Straßen, Plantagen sowie die Abholzung weiter Waldgebiete Raum zu schaffen. Auch nach drei Jahren Aquino-Minderheitenpolitik hat sich daran nichts geändert. Noch immer sind 60.000 Mangyan auf Mindoro von Landraub durch Minenkonzerne, Holzfäller und Rinderzuchtbetriebe der Großgrundbesitzer bedroht; sind in der Cordillera Holzeinschlag, mehrere Staudämme sowie Kupfer- und Goldabbau Hintergrund für die Vertreibung vieler Gemeinden und schwerwiegende ökologische Zerstörung; befinden sich auf Mindanao, der Heimat von Lumad und Moros, riesige wirtschaftliche Nutzflächen in Händen multinationaler Agrokonzerne, die dort auf Monokulturplantagen Bananen und Ananas für den Export anbauen; sind die vorwiegend im Tiefland von Luzon lebenden Negritos Opfer extremer Rassen-diskriminierung, hat die Abtretung ihres ehemaligen Landes zum Auf- und Ausbau von US-amerikanischen Militärbasen Vorrang vor der Achtung der Menschenrechte.

Staatliche Stellen, die offiziell zur rechtlichen Unterstützung und Hilfe für die indigenen Filipinos eingerichtet wurden – ob PANAMIN unter Marcos oder OSCC/ONCC/OMA (Office of Southern Cultural Communities/Office of Northern Cultural Communities/Office of Muslim Affairs) unter Aquino – führen trotz der Lippenbekenntnisse nicht zu ernsthafter Berücksichtigung indigener Forderungen oder zu der Respektierung ihrer kulturellen Eigenarten. „Nun, der Hauptzweck dieses Büros ist es, die kulturellen Gemeinschaften unseres Landes in die Hauptströmung (main stream) des nationalen Lebens zu integrieren. Das ist es, was die Präsidentin gerne sähe in der Zukunft: daß wir sie integrieren und sie so zu entwickelten Individuen in unse-



rer Gesellschaft machen“, so Staatssekretär José B. Lopez, Chef des OSCC, in einem Interview. Integration von Staates Gnaden – und zu seinem Nutzen. Die jahrelange Erfahrung der indigenen Filipinos zeigt, daß die auf Integration und Assimilierung abgestellte Politik ihnen selbst nicht zu Vorteilen verhilft, sondern oftmals den Weg bereitet für großangelegte Entwicklungsvorhaben und im weiteren der ungestörten Ausbeutung ihrer natürlichen Bodenschätze freie Bahn verschafft. Unter diesen Umständen klingt es geradezu zynisch, wenn Lopez in seiner Rede bei der ILO-Konferenz im Juni '88 in Genf lautstark verkündet, noch nie hätte eine Regierung sich mit soviel Aufrichtigkeit den Problemen der indigenen Bevölkerung gewidmet und für ihr Wohlergehen geworben, was sich in der 1987 ratifizierten Verfassung widerspiegeln. In Wirklichkeit erweisen sich die dort zugrundegelegten Artikel zu Autonomie und Schutz der Landrechte lediglich als Scheinparagrafen in Aquinos kosmetischer Demokratie, die weder in der Theorie und erst recht nicht in der Praxis an den gegebenen, in Gesetz gefaßten Ungerechtigkeiten gegenüber der indigenen Bevölkerung etwas ändern.

Artikel II Abs. 22 und Artikel III Abs. 17 der 'Declaration of Principles and State Policies' besagen, daß der Staat die Rechte der indigenen kulturellen Gemeinschaften im Rahmen nationaler Einheit und Entwicklung anerkennen

und schützen soll. Weiterhin sollen diese Rechte in der Formulierung nationaler Pläne und Strategien berücksichtigt werden. Obwohl keinesfalls ausreichend, würden diese beiden Artikel einen wirklichen Fortschritt in der verfassungsrechtlichen Grundlegung indigener Rechte bedeuten, gäbe es da nicht noch den alle Zugeständnisse zunichtemachenden Artikel III Abs. 5: Demnach soll der Staat „die Rechte der indigenen kulturellen Gemeinschaften auf ihr angestammtes Land schützen, um so ihr wirtschaftliches, soziales und kulturelles Wohlergehen sicherzustellen [doch dies] unterworfen den (...) nationalen Entwicklungsstrategien und Entwicklungsplänen“. Im Klartext bedeutet dies also die Unterordnung der Rechte indigener Filipinos unter staatliches Dafürhalten und höhere nationale Ziele, im Namen des Fortschritts und der ökonomischen Entwicklung des Landes, zum Wohl des gesamten philippinischen Volkes – mit Ausnahme der indigenen Gemeinschaften.

Damit der Ungerechtigkeiten nicht genug. Denn Aquino hielt es auch keineswegs für nötig, Erlasse, die 1973 unter Marcos verabschiedet wurden, aus der neuen Verfassung zu streichen. So z.B. Presidential Decree 705, das bestimmt, daß alles Land mit einem Steilheitsgrad von über 18 % als öffentliches Waldgebiet (public lands) zu betrachten ist, auf welches weder Individuen noch Gemeinschaften Besitzrechte beanspruchen können. Ein fol-

genschwerer Artikel für die indigene Bevölkerung, denn er kommt der Enteignung ihres Landes gleich, da durch diese Bestimmung praktisch alles angestammte Land dem Staat zugeschlagen wurde, der es sich vorbehält, die bodenschätzreichen, tribalen Lebensräume im Rahmen seiner auf Importliberalisierung und Exportorientierung ausgerichteten Wirtschaftspolitik an in- und ausländische Unternehmer zu vergeben. „Regierungsbehörden setzen die Interessen der großen Wirtschaftskorporationen und die Millionen an Steuern, die die Holzschlagindustrie ihnen einträgt, eindeutig über die Interessen der Menschen, die in diesen Gebieten leben. Es ist üblich, Lizenzen zu vergeben, ohne vorher jemals abgeklärt zu haben, ob indigene Gruppen möglicherweise von den Operationen betroffen sind.“ (Bantayan, März '88). Holzschlag-Zaren wie Palawans José Alvarez, dessen Nutzungsmonopol auf der Insel die Hälfte des zur Abholzung freigegebenen Waldes umfaßt, genießen den Schutz des Gesetzes und gute Beziehungen zum DENR (Department on Environment and Natural Resources), während im ganzen Land den sogenannten illegalen, meist von purer Existenznot getriebenen kleinen Holzfällern, der Kampf angesagt ist und Strafen drohen. In ungebrochener, seit den Spaniern verankerter rechtlicher Tradition, fällt den indigenen Filipinos der Status von Squattern (ungesetzliche Siedler) auf ihrem eigenen Land zu, die, falls erforderlich, jederzeit umgesiedelt oder vertrieben werden können. Aquino erkennt dieses Gesetz an, welches den Raub indigenen Landes legalisiert, wodurch bezüglich der Landrechte weiterhin Gesetze gelten, die unter dem Kriegsrecht von Marcos erlassen wurden.

Unter diesen Umständen versprechen die neuen Gesetzesbestimmungen zur Einrichtung von autonomen Regionen, die Anfang des Jahres zunächst für die Cordillera – später auch für Mindanao – in Kraft treten sollen, wenig Aussicht auf Erfolg. Denn Autonomie ernst genommen würde bedeuten, einer in einem festumgrenzten Gebiet lebenden Gruppe von Menschen das Recht auf Selbstregierung und Selbstverwaltung zuzugestehen. Auch die selbständige Bestimmung über die Nutzung aller in den betreffenden Regionen vorhandenen Ressourcen (Land, Wasser, Luft und Bodenschätze) sowie die Wahl des eigenen Entwicklungsweges im

Einklang mit den selbst formulierten Bedürfnissen und der Lebensweise sind darin eingeschlossen. Natürlich kollidieren solche Konzeptionen von Autonomie erheblich mit den Interessen des Staates samt Großgrundbesitzern und ausländischen Investoren, die bei Gewährung einer wirklichen Autonomie zu den großen finanziellen „Verlierern“ gehören würden. Von Seiten eines Großteils der Bevölkerung in der Cordillera werden die neuen Autonomiegesetze vehement zurückgewiesen, da sie in keiner Weise ihren ursprünglichen



Datu Kalasi, Higaonon Führer, Mindanao.

Foto: H. Blum

Forderungen genügen. Versehen mit einer Vielzahl von Schlupflöchern, vor allem in Bezug auf die Verfügung über die natürlichen Bodenschätze, dienen die neuen Gesetze lediglich der Manifestierung der gegebenen Verhältnisse, nicht aber den Interessen der BewohnerInnen in der Cordillera.

Waren in der Marcos-Ära die tribalen Gebiete in erster Linie Schauplatz rücksichtsloser Ressourcenplünderung, so ist die Situation der indigenen Bevölkerung heute zudem überschattet von den Auswirkungen von Aquinos "Total War"-Politik, die eine völlig neue Dimension von staatlicher Gewalt und militärischer Bedrohung gegenüber der indigenen Bevölkerung darstellt. Aquinos Bestrebungen, die Aufstandsbewegung mit rein militärischen Mitteln zu zerschlagen, hinterläßt viele, viele blutige Spuren bis in die letzten Winkel der

tribalen Gemeinschaften hinein. Die entlegenen Regionen bieten der indigenen Bevölkerung keinen Schutz mehr, sondern sind zu oft Schlachtfeld kämpferischer Auseinandersetzungen zwischen Militär und Guerilla. Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung.

Die Gegensätze im Land verschärfen sich. Zunehmende Militarisierung der Gesellschaft bestimmt das Klima auf den Philippinen. Der Druck, vor allem auf die zivile Bevölkerung, nimmt dramatische Ausmaße an, da seitens der Armee kaum je Vorkehrungen zu ihrem Schutz getroffen werden. Vorherige Warnungen könnten ja – so Leutnant Lalisán, Provinzkommandeur von Mindoro – die Aufständischen auf die Pläne der Streitkräfte aufmerksam machen. Die Intensität der militärischen Einsätze ist enorm. Unter dem Vorwurf der Unterstützung und Zusammenarbeit mit den Rebellen werden tribale Gebiete bombardiert, beschossen, geplündert und niedergebrannt. Die Ernten werden zerstört, Ausgangssperren verhängt, Nahrungsmittelrationierungen durchgesetzt, Versammlungen kontrolliert und oftmals gewaltsam aufgelöst. Vergewaltigungen, nicht selten durch mehrere Soldaten zugleich, sind übliches, in die Reihe militärischer Folterstrategien eingeordnetes und institutionalisiertes Instrument der Armee. Zur Einschüchterung der Bevölkerung wird brutal und ohne Skrupel gegen sie vorgegangen, ist den Soldaten jedes Mittel recht.

Eine der massivsten Operationen des Militärs gegen indigene Gemeinschaften war die Bombardierung von 13 Higaonon-Dörfern in den Provinzen Agusan und Surigao, Mindanao. Datu Kalasi, ein angesehener Führer der Higaonon, berichtete, daß vom 27. Mai bis zum 3. Juli vorigen Jahres an 37 aufeinanderfolgenden Tagen Bombardierungen ihrer Gemeinden stattgefunden haben. 80 Explosionen hätten sie gezählt. Zwei Tora-Tora-Kampfflugzeuge aus dem II. Weltkrieg sowie zwei Sikorsky-Militärhubschrauber seien im Einsatz gewesen. Col. Miguel Sol, der die Operationen angeordnet hatte, sei der festen Überzeugung, daß die Bergregionen als Trainingscamps und Zufluchtsorte der Guerilla dienen. Und sie, die Higaonon, seien die Nummer Eins der Rebellen-Unterstützer. Die Datus (Führer) der unterschiedlichen Gruppen sind jedoch davon überzeugt, daß es tiefliegendere Gründe für die Bombardierun-

gen gibt als die Guerilla in den Bergen. „Die Aufstandsbekämpfung ist nur ein Vorwand, um uns dazu zu zwingen, 10.000 ha unseres Waldlandes an die Nasipit-Holzschlaggesellschaft (NALCO) abzutreten“, so Datu Kalasi. Dies wäre nicht verwunderlich. Denn ähnliche Zusammenhänge von Bombardierungen und anschließender Übernahme des von der indigenen Bevölkerung „befreiten und gesäuberten“ Gebietes sind für viele Fälle in Mindanao, aber auch für Mindoro und Cagayan-Valley (Nord-Luzon), nachgewiesen.

Die Welle von Bombardierungen nimmt bislang kein Ende. Den Erhebungen der Unterstützungsorganisation TABAK zufolge, wurden allein bis zum Herbst '88 im Laufe des Jahres in Mindanao und der Cordillera 8.000 Familien – etwa 56.000 Frauen, Männer und Kinder – aufgrund von militärischen Aktionen von ihrem Land vertrieben. Zum Teil konnten sie in ihre zerstörten Dörfer zurückkehren. Größtenteils aber „leben“ sie unter verheerenden Bedingungen in dürrt eingrichteten Flüchtlingslagern. Finanzielle Unterstützung und medizinische Hilfe seitens der Verursacher – Staat und Militär – sind kaum zu erwarten. All dies sind Auswirkungen einer hysterisch geführten Aufstandsbekämpfung, die nach US-amerikanischer LIC-Doktrin („Konflikt geringer Intensität“) an der Basis und auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen wird.

Seit langem haben indigene Filipinos begonnen, Widerstand zu leisten. Doch es sind nicht die „kleinen, verzweifelten Stimmen“, die „wehlos nach internationaler Hilfe rufen“, wie Lopez (OSCC) bei der ILO-Konferenz bekundete, sondern starke Selbstbestimmungsbewegungen und erprobte Organisationsstrukturen in Mindanao und



Higaonon-Flüchtlinge nach Bombardierung im Mai/Juni 1988

Foto H. Blum

der Cordillera, die eingesehen haben, daß Gerechtigkeit und Frieden von dieser Regierung nicht zu erwarten ist. Schon vor Jahren, noch zu Zeiten Marcos', erregte der unaufhörliche Protest der Igorot gegen das großangelegte Chico-Staudammprojekt weites Aufsehen, welches die Umsiedlung von mehr als 180.000 Kalingas und Bontoc bedeutet hätte. Aufgrund der jahrelangen massiven Proteste sowie nationaler und internationaler Unterstützung wurde das Projekt nach 8jährigem Kampf eingestellt.

Inzwischen haben sich zahlreiche tribale Filipinos in indigenen Organisationen zusammengeschlossen, die zuerst auf lokaler, dann auf regionaler und seit 1987 (Gründung von KAMP) auch auf nationaler Ebene zusammenarbeiten. Gemeinsam fordern sie die umfassende Anerkennung ihres Besitzrechtes auf

das seit jeher von ihnen bewohnte und genutzte Land sowie die Anerkennung ihres Rechts auf Selbstbestimmung, worunter sie im wesentlichen das Recht verstehen, ihre Zukunft wie auch ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen selber zu entwerfen und zu bestimmen. Weiterhin bedeutet es das Recht, mit den legislativen, juristischen und administrativen Institutionen aktiv an der Gestaltung regionaler und nationaler Politik sowie an Entscheidungsprozessen, die sie selbst, aber auch die Nation als Ganzes betreffen, teilzuhaben. Sie fordern ihr Recht auf autonome Selbstregierung und ein politisches System, welches wahrhaft die Interessen der indigenen Bevölkerung repräsentiert, unter Wahrung ihrer politischen Einheit und Respektierung ihrer besonderen sozio-politischen Situation als indigene Bevölkerung.

KAMP, die nationale Föderation philippinischer indigener Völker

Der nationale Zusammenschluß vertritt gegenwärtig nicht weniger als 10 größere Mitgliedsorganisationen von der Cordillera im Norden bis hinunter nach Palawan und Mindanao, von denen manche ihrerseits mehrere örtliche oder sektorale Unterorganisationen umfassen – im Fall der starken Cordillera People's Alliance (CPA) z.B. die beeindruckende Anzahl von 120. Während sich diese Mitgliedsorganisationen hinsichtlich ihrer Größe, ihrer organisatorischen Stärke und Erfahrung voneinander stark unterscheiden, werden sie durch

ihre Grundforderung nach Anerkennung ihres Rechts auf Selbstbestimmung sowie der Forderung nach nationaler Freiheit und Demokratie zusammengehalten.

Seit den Anfängen im Jahr 1983 hat der Zusammenschluß auf dem Weg zu seinem erklärten Ziel, nämlich den indigenen Filipinos die Mittel, sich im Kampf um ihre Rechte selbst artikulieren zu können, in die Hand zu geben, einen bedeutenden Schritt nach vorne gemacht. Was als lose Versammlung begonnen hatte, zu der VertreterInnen

indigener Gemeinschaften alle zwei Jahre zwecks Informationsaustausch, Standortbestimmung und Problemerkörterung zusammengerufen worden waren, erhielt im dritten nationalen Kongreß im Dezember 1987 einen festen organisatorischen Rahmen. Neben dem Aeta Pablo Santos und dem Higaonon Datu Tony Lumandong, die als General- und Vize-Generalsekretär die Schlüsselpositionen im Sekretariat von KAMP besetzen, sind zur Zeit noch zahlreiche nichtindigene MitarbeiterInnen im Büro beschäftigt, die gemäß der Statuten jedoch Schritt für Schritt



Pressekampagne von KAMP/TABAK gegen Bombardierung von tribalen Gemeinden

Foto: H. Blum

Kampagnen, Teilnahme an multisektoralen Seminaren und Workshops sowie intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sorgen dafür, daß diese Forderungen heute nicht mehr nur am Rande abgehandelt werden. „Unser Hauptaugenmerk“, so Mang Pablo Santos, Vorsitzender von KAMP, „liegt derzeit auf der stetigen und kontinuierlichen Stärkung unserer Organisationsstrukturen sowie einer breit angelegten Informations- und Aufklärungsarbeit vor allem auch bei jenen Gruppen, die bislang weniger politisiert und organisiert sind. Wir können auf dem Weg zur Anerkennung unserer Rechte nicht länger auf etwaige Einsichten der Regierung hoffen, sondern müssen voll auf unsere eigenen Kräfte setzen.“ Von zunehmender Bedeutung ist die Zusammenarbeit mit den Basisgruppen verschiedener Sektoren, um im Rahmen der gesamtphilippinischen Bewegung

für nationale Befreiung den Forderungen der indigenen Bevölkerung Nachdruck zu verschaffen. Zuletzt trat KAMP daher dem politischen Linksbündnis BAYAN bei.

Neben diesen indigenen Organisationen existieren zahlreiche Gruppen, die die Forderungen der tribalen Filipinos aktiv unterstützen. Juristischen Beistand in Landrechtsfragen oder bei der Ausarbeitung von alternativen Konzeptionen zu Autonomie leisten das Legal Rights Center (LRC) sowie PANLIPI; studentische Aktivisten (KATRIBU) engagieren sich genauso wie der nationale Kirchenrat (NCCP-PACT) und die Episcopal Commission on Tribal Filipinos (ECTF). Eng mit KAMP zusammen arbeitet vor allem noch TABAK, die öffentliches Bewußtsein für die Situation der indigenen Bevölkerung insbesondere bei den städtischen Mittel-

schichten schaffen will. Durch vielerlei Aktionen sowie einer engagiert geführten und bislang andauernden Kampagne, die den sofortigen Stopp der Bombardierung von tribalen Gebieten fordert, hat TABAK in den letzten Wochen und Monaten immer wieder für Aufregung gesorgt und die Presse beschäftigt.

Aufgrund der massiven Bedrohungen, mit denen indigene Filipinos derzeit konfrontiert sind, ist die Wahl des bewaffneten Widerstandes oftmals die einzige mögliche Lösung im Kampf gegen die zerstörerischen Kräfte staatlicher und militärischer Gewalt. Moros kämpfen in Mindanao in der Moro National Liberation Front (MNLF) für die Anerkennung eines unabhängigen islamischen Staates. In Agusan und Surigao sind Higaonon und andere Gruppen gezwungen, sich gegen die eindringenden Holzschlagfirmen und das Militär zur Wehr zu setzen, bevor es für ihr Land zu spät ist. In der Cordillera haben viele Igorot im Kampf gegen die ausbeuterischen Strukturen den Weg des bewaffneten Widerstands gewählt und sich den Rebellen angeschlossen. 1981 gründeten sie die CPDF (Cordillera People's Democratic Front), die den regionalen Flügel der nationalen Befreiungsbewegung der Philippinen darstellt und die spezifischen Bedingungen der in der Cordillera lebenden Menschen in ihre revolutionären Strategien aufnimmt.

Die Verlautbarungen des philippinischen Vertreters der indigenen Bevölkerung auf der UN-Konferenz haben sich bestätigt. Leid und Not auf den Philippinen verschlimmern sich mehr und mehr. „Tausend Tage Aquino-Regierung haben uns nicht weniger arm und ausgebeutet gemacht und Militärübergriffen nicht weniger ausgesetzt“, so ein Sprecher von KAMP vor der Presse.

Heike Blum

durch indigenes Personal ersetzt werden sollen. Der nationale Ältestenrat (Council of Leaders) mit 21 festen Mitgliedern soll mindestens alle 6 Monate zusammenkommen und Programme und Kampagnen entwerfen, während eine 5-köpfige Kerngruppe daraus als Exekutivkomitee fungieren und durch häufiges Zusammentreten regelmäßige Konsultationen garantieren soll.

KAMPs Anstrengungen gelten zur Zeit in erster Linie der Stärkung der lokalen Mitgliedsorganisationen und der Einrichtung funktionierender, gefestigter Verbindungen zu ihnen. Weniger politisierte und organisierte Vereinigungen bedürfen der vermehrten Unter-

stützung und Orientierungshilfe durch den nationalen Zusammenschluß. Finanzielle Engpässe und Kommunikationsschwierigkeiten mit den Provinzen, vornehmlich bedingt durch die zum Teil immensen Distanzen, stellen ein nicht zu unterschätzendes Problem dar. Vor allem hat auch die akute Militarisierung der ländlichen Gebiete vielen lokalen Organisationen jede Bewegungsfreiheit genommen und ihre Arbeit stark behindert.

Aufgrund von Diffamierungskampagnen seitens des Militärs waren mehrere MitarbeiterInnen in den lokalen Organisationen dazu gezwungen, zeitweilig unterzutauchen.

Welchen Problemen der Kampf der indigenen Bevölkerung zu gelten hat, wurde in der 10-Punkte-Resolution von KAMP während ihres Gründungskongresses im Dezember '87 festgelegt.

Primär sind dies die zunehmende Militarisierung ihres Landes, die Vernachlässigung sozialer Leistungen für die indigenen Gemeinschaften sowie die anhaltend fehlende Repräsentation und Beteiligung der indigenen Völker in den politischen Institutionen und an den Entscheidungsprozessen der Regierung.

H.B.